

PUK-NEWS

Plattform Unser Klosterneuburg

Die Au – das Juwel vor unserer Tür – unter Druck

Das „Paradies vor unserer Tür“ verdient Aufmerksamkeit. Die derzeitigen und befürchteten zukünftigen Bautätigkeiten wie die von ÖVP und SPÖ geforderte Donaubrücke und Martinstunnel, sowie die unterlassenen Schutzmaßnahmen gefährden dieses Naherholungsgebiet in seiner Vielfalt, Eigenart und Schönheit.

Während der Schutz des Wienerwaldes durch die Etablierung des Biosphären-Parks in das Bewusstsein der Bevölkerung eingegangen ist, wird der Zustand der Donau-Auen zwischen Wien und Tulln von der breiten Öffentlichkeit wenig beachtet. Besonders relevant für unsere Gemeinde ist natürlich „unser Urwald“ am Donaustrom, die Klosterneuburger Au. Dieser ca. 500 ha große Auwald-Rest, dessen Ausläufer bis zum Silbersee in Kritzendorf und Höflein reichen, bietet (nicht nur) den Bewohnern der angrenzenden Ortschaften Erholungsmöglichkeiten. Besonders Natur-Interessierte können hier Seltenheiten wie Eisvogel und Biber bewundern. Die Au fungiert auch als



Endlich freier Blick auf die älteste Kirche Klosterneuburgs

Luftreinhalter, und bietet darüber hinaus Hochwasserschutz durch ihr Wasserspeichervermögen.

Bedrohtes Naturgebiet

Leider ist aber der naturnahe Zustand der Au schon seit langem erheblichem Druck ausgesetzt. Die Forstwirtschaft hat standortfremde Arten eingebracht. Die für eine „weiche Au“ (durch periodisch wiederkehrende Überschwemmungen gekennzeichnet) charakteristischen Weiden und Pappeln werden verdrängt. Der Bau der „Umfahrung“ – gedeckt durch ein fragwürdiges Naturschutzgutachten – und auch der Ausbau der „Badehütten“ zu Einfamilienhäusern – gedeckt durch die Bauordnung – hat zu immer stärkerem Verkehrsaufkommen und mit Lärm- und Abgasproduktion zu einer weiteren Beunruhigung des Gebiets geführt.

Weiters droht die ursprüngliche „weiche Au“ (in Europa durch Flussregulierungen schon sehr selten geworden) auszutrocknen und sich in eine



Die versprochene „naturnahe Gestaltung“ des Durchstichs

„harte Au“ (andere Baumarten, nur bei Extremhochwasser überflutet) zu verwandeln. Dies wird bewirkt durch die ständige Eintiefung der Donau und die mangelnde Wasserversorgung der Au über die Gerinne, und zusätzlich durch das Kippen von Hochwasserschlamm in den Durchstich, was seine Wasserführung verringert. Der Baumbestand wurde und wird weiterhin verkleinert, z.B. durch das Bauen von Freizeiteinrichtungen. Das letzte markante Beispiel, der Bau der Umfahrungstrasse, hat den Auwald ganze 57.000 m² Laubwald gekostet

Fortsetzung Seite 2

Das Modell Güssing – Vorbild?

Am 23.10. unternahm eine PUK-Delegation auf Einladung der Umweltschutzorganisation Global2000 eine Exkursion nach Güssing. Güssing im südl. Burgenland gilt als Paradebeispiel einer energieautarken Gemeinde, die konsequent in Richtung Nachhaltigkeit investiert hat.

Besucht wurden das Biomassekraftwerk, ein Fernwärmewerk und eine Biogasanlage. Das „Modell Güssing“ wurde im gemeindeeigenen Technologiezentrum vorgestellt. Beeindruckt waren wir vor

allem durch die offene Grundhaltung und selbstverständliche Innovationsfreude des Bürgermeisters der Gemeinde Strem, der uns im Technologiezentrum das „Modell Güssing“ vorgestellt hat und uns dann zu verschiedenen Schauplätzen führte.

Konsequente Nutzung erneuerbarer Energie

Die Stadtgemeinde Güssing (4300 Einwohner) und der politische Bezirk Güssing (28.000 Einwohner) haben in den letzten Jahren eine Vorzeigeentwicklung in Richtung Nutzung erneuerbarer Energie genommen. Durch die Nutzung erneuerbarer Energiequellen im eigenen Bezirk, näm-



Wann wird so ein Schild auch in Klosterneuburg zu sehen sein?

Fortsetzung Seite 2

Güssing: Fortsetzung von Seite 1

lich Holz, Raps, Grünschnitt und Sonnenenergie entwickelte sich die Stadt Güssing in einer der ärmsten Regionen Österreichs zu Ökoenergie-Musterstadt Europas.



Hackschnitzelscheune

Im Detail umfassen die Anlagen zur Nutzung von nicht fossilen Energieträgern Biomassekraftwerke, Fernheizwerke, Biodiesel- und synthetische Erdgaserzeugungsanlagen, Bio-Solar-Anlagen mit unterschiedlichen technischen Prozessen.

Kommunaler Aufschwung

Betriebsansiedlungen, über 1000 neue Arbeitsplätze, große regionale Wertschöpfung und besonders hohe Kompetenz prägen diese Stadt.

Während vor 1990 90% der Energie-bezogenen Ausgaben aus der Region weg flossen, verbleiben sie nun dort. Darüber hinaus haben sich im gesamten Umfeld Industrie, Gewerbe und Handel etabliert.

Diese regionale Wertschöpfung bewirkt seit Jahren kontinuierlich steigende Kommunaleinnahmen, die sich im Laufe der letzten 15 Jahre mehr als verdreifacht haben. Damit ist auch Geld für Kultur- und Sozialprojekte vorhanden.

Unverständlich ist, dass man sich im Umweltausschuss (Vorsitz STR Wimmer/Grüne) nicht entschließen konnte, eine Studie über die Nutzung biogener Fernwärme in Klosterneuburg in Auftrag zu geben (Kostenpunkt zwischen €8000,- und 15000,- wobei solche Studien gefördert werden). Biogener Rohstoff ist bei 55% Wald in unserem Gemeindegebiet reichlich vorhanden.

Wird nicht **jetzt** etwas getan, wird das stolze Schild „Klimabündnis-Gemeinde“ an der Ortstafel zum Feigenblatt kommunaler Innovationsunwilligkeit und Wurstigkeit und sollte somit entfernt werden.

Die PUK hat zur Gemeinderatssitzung am 9.11.2007 einen Minderheitsantrag ein- und durchgebracht, eine Exkursion



Gertraud Maierhofer/Global 2000 und Werner Schmidt/IPUK vor dem Fernheizwerk, das allein die Hälfte der Häuser in Güssing heizt und Strom für 5000 Haushalte liefert

nach Güssing für eine Gemeinderatsdelegation mit einer Auswahl von Beamten sowie Mitgliedern des Klimabündnisarbeitskreises zu organisieren, um sich über dieses Energieversorgungssystem genau zu informieren und um Möglichkeiten der Nutzung dieses Know-How's für die Stadtgemeinde Klosterneuburg zu prüfen.

Au: Fortsetzung von Seite 1

und dafür der Stadt 79.000 m² zubetonierte Flächen gebracht. Durch die Rodung wurde die Sauerstoffproduktion für 9000 Personen vernichtet. Betroffen ist der besonders sensible Teil des Randbereiches der Au, der Pufferzone zwischen bebautem Gebiet und Natur. Die Ausmaße der Zerstörung sind schlimmer als befürchtet.

Geführte Au-Exkursionen

Die PUK konnte das unnötige „Umfahrungs“-Monster-Projekt nicht verhindern. Wir wollen jetzt einen Versuch starten, den übrig gebliebenen Auwald besonders zu schützen und möglicherweise zu sanieren. Künstlich angelegte Erlebniswelten wie der „Aupark“ reichen nicht – sie können niemals eine natürliche Au ersetzen. Ein erstes Ziel unserer Aktionen ist es, die Schönheit der Klosterneuburger Au so vielen Menschen wie möglich näher zu bringen. Bereits im März 2007 hatte die PUK ein vor allem für die Klosterneuburger Schulen gedachtes Konzept von Auführungen in den Gemeinderat eingebracht (siehe <http://unser-klosterneuburg.org/gemein->

[derat/arbeit07/1-DA-Au-Exkursionen.pdf](http://unser-klosterneuburg.org/gemein-derat/arbeit07/1-DA-Au-Exkursionen.pdf)). Ziel dieses Antrages war es, **nach dem Muster des Nationalparks Donauauen von Fachleuten betreute Exkursionen durch die Klosterneuburger Au** ins Leben zu rufen. Dieser An-



Foto: Dieter Armerding

trag der PUK wurde jedoch **von der Schwarz-Grünen „Allianz“ (Mehrheit im Gemeinderat) unverständlicherweise abgelehnt!!**

Damit die PUK auch in den eigenen Reihen ausgebildete Natur- und LandschaftsführerInnen zur Verfügung hat, absolvieren zur Zeit zwei unserer engagiertesten Aktivistinnen eine einschlägige Ausbildung, die sie befähigen wird, mit Gruppen geführte Wanderungen in die Au zu unternehmen. Dabei werden die Schönheit dieses Landschaftstyps mit ihrer Flora und Fauna gezeigt, sowie die Faktoren des ökologischen Gleichgewichts erläutert werden. Diese Ausbildung wird von der PUK und Sponsoren mitfinanziert. Abschluss der Ausbildung wird im Herbst 2008 sein, dann werden solche Führungen angeboten werden. Wir freuen uns über jede Mitarbeit und Unterstützung bei diesem Projekt.

Erforderliche Erhaltungsmaßnahmen

Es bedarf jedoch einer Vielzahl von Maßnahmen, damit die Klosterneuburger Au tatsächlich auch im ökologischen Sinn noch wertvoller wird. Dabei hilft, dass die Au – zurzeit ist sie ja forstlicher Wirtschaftswald – NATURA 2000 Gebiet ist. Dies bedeutet nicht nur ein Verschlechterungsverbot, sondern sogar ein Verbesserungsgebot für die dort zu erhaltenden Arten. Nachdem niemand vom eigentlichen Besitzer des Gebiets (Stift) erwarten kann, dass er aus eigener Tasche solche Maßnahmen zahlt, gibt es andere Möglichkeiten. Die Konzipierung eines LIFE-Nature Projektes bei der EU würde beacht-



Revitalisierter Altarm

liche Fördermittel bringen und damit die Realisierung solcher Maßnahmen möglich machen.

Dass die „Reparatur“ der von Verlandung bedrohten Au möglich ist, sieht man z.B. in den Vorbereitungen zur NÖ Landesgartenschau 2008 in Tulln (<http://www.diegartentulln.at>). Etliche Gerinne wurden revitalisiert, teilweise für kleine Boote befahrbar gemacht und haben die Chance, sich vollständig zu erholen (siehe Bilder).



Die Raumordnung ist einer der Bereiche, der zwar sehr unauffällig, aber äußerst wirksam die zukünftige Entwicklung der Stadtgemeinde bestimmt. Klosterneuburg erlebt derzeit Umwidmungen von Flächen, die die Gemüter erregen, Elite-Uni, Plöcking, Fellergraben, Weidling, usw.

Lebensraumgestaltung erscheint in Österreich sehr stark reglementiert (Raumplanung, Raumordnung, Bauordnung, Baurecht, Planungsrecht, Raumplanungsrecht, Raumordnungsrecht, Flächenwidmungsplan, Bebauungsplan), und gehorcht im Prinzip dem „Mehraugenprinzip“: für überörtliche und örtliche Raumplanung gibt es subtil festgelegte Kompetenzbereiche und Verfahren, sodass man geneigt ist, zu sagen: alles bestens.

Wie üblich liegt der Teufel im Detail.

Komplexe Gesetzesmaterie

Zentral, und in Klosterneuburg von besonderer Bedeutung, ist die **Bauland- und Grünlandbilanz**. Diese liegt seit Jahren fest. Es gibt keine Erweiterungsmöglichkeit für Bauland. Was aber leider weiterhin möglich ist, ist der flächengleiche Tausch von Bauland und Grünland. Der Pferdefuß ist, dass die Wertgleichheit nicht zum Tragen kommt. So kann man also ohne weiteres wertvolles Grünland (sowohl aus Sicht des Standortes wie der ökologischen Güte) gegen minderwertiges Bauland (sowohl aus Sicht des Standortes wie der ökologischen Güte) tauschen. Meist ist damit eine finanzielle Entschädigung verknüpft – außer es vollzieht sich alles beim gleichen Besitzer – der dann als „Gewinner“ aussteigt.

Klosterneuburg erlebt ein solches Beispiel gerade jetzt, etwa bei der Umwidmung der Plöcking – das ist der bewirtschaftete Hügel gegenüber dem Areal der Elite-Uni in Gugging – in Bauland/Gewerbegebiet. Dafür widmet man einen schlecht verbaubaren Streifen entlang des Marbaches auf selbigem Uni-Gelände in „Grünland“. Dass dort einzelne Gebäude stehen stört nicht sosehr – die könnten dort ewig stehen bleiben. Was dann nicht gemacht werden darf, ist dort baugenehmigungspflichtige Umbauten vorzunehmen. Besitzer beider Flächen: das Land NÖ – also wir als BürgerInnen.

Eine äußerst pikante Anmerkung am Rand: eine Umwidmung von Grünland in Verkehrsflächen hat keine Auswirkung auf die Bauland-Grünland-Bilanz. Das heißt, dass man relativ leicht naturnahe Bodenflächen einer so gut wie ewigen Versiegelung zuführen kann.

Raumordnung – Was geht das mich an?

Bebauungsdichte, Bebauungsart, Bebauungshöhe, Geschoßflächen sind weitere Eckpfeiler der Raumordnung und der Bauordnung, die sich aus dieser ableiten lässt. Ebenso wichtiger Bereich ist die Widmung von Gewerbeflächen: hier sind tatsächlich Einschränkungen möglich, die der Stadtgemeinde gewisse Steuerungsmöglichkeiten eröffnen. So kann man sich etwa überlegen, ob auf einer Fläche ein Supermarkt oder ein Forschungslabor aufgestellt werden darf. Örtliche Entwicklungskonzepte ermöglichen, ganze Bereiche für bestimmte Zwecke festzulegen.

Stadtmarketing oder gar City-Marketing haben einen anderen Fokus, der mehr auf die Gestaltung des öffentlichen Raums abzielt. Ernsthaftige und ganzheitliche Betrachtung sieht den Menschen nicht nur als Konsumenten und Verkehrsteilnehmer, sondern im Umfeld seiner Daseinsgrundfunktionen (Wohnen, Versorgen, Erholen, Gesundheit, Arbeiten, Bilden). Elementar ist auch hier, aktive BürgerInnenbeteiligung vorzusehen: BürgerInnen sind nämlich die SpezialistInnen für Lebensqualität!

Durchdachte Gesetzesgrundlage – Tragik in der Umsetzung

→ Interessenskonflikte sind an der Tagesordnung und werden nicht transparent gemacht – die Umwelt-Lobby ist sehr viel schwächer als andere Lobbys. Naturschutz ist gegenüber anderen Interessen nachrangig

→ Einfache Gemeinderatsbeschlüsse reichen für Änderungen – die Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde (das Land) ist meist leicht zu erreichen, weil oft ähnliche Interessenslage gegeben ist

→ Eine strategische Umweltprüfung (SUP) von Veränderungen ist nur für rechtlich bindende Pläne (z.B. Bundesstraßengesetz) vorzunehmen – für unverbindliche (z.B. Masterplan Verkehr), aber oft weittragendere Pläne unterbleibt diese Prüfung. Und bei von der Obrigkeit gewünschten Umwidmungen ist bald etwas umweltverträglich – siehe „Umfahrung“.

→ Widmungsverfahren sind weitestgehend Behördenverfahren. BürgerInnenbeteiligung ist im Sinne von Anhörungen bzw. Stellungnahmen vorgesehen. Die Verfahrenseinleitung wird aber weder an die große Glocke gehängt, noch findet eine zwin-

gende Auseinandersetzung mit Einwänden statt. Lediglich Ansprüche aus wertmindernden Umwidmungen können inzwischen relativ leicht geltend gemacht werden

→ Vergessen wird, dass die Grünflächen **innerhalb einer Stadt** für die Lebensqualität der Bewohner und ein angenehmes Stadtklima von entscheidender Bedeutung sind.

Nichts aus der Vergangenheit gelernt?

Wenn gar so leicht an den Rädchen der Raumordnung gedreht werden kann, stellt sich natürlich die Frage, ob auch in der Vergangenheit verantwortungsvoll mit diesen Fragen umgegangen worden ist. Grünbereiche und Freiflächen wurden zwar ausgewiesen, dennoch leiden wir jetzt unter der restlosen Zersiedelung unseres Gemeindegebiets, was kommunale Versorgungskosten in die Höhe treibt. Verschämt nennt man das „Altlasten“. Selbst jetzt gibt es noch nicht konsumiertes Bauland bis in die letzten Talfurchen. Das geplante Limit von 35000 Einwohnern (wie im örtlichen Raumordnungsprogramm vorgesehen) wird bei der gegenwärtigen Umwidmungspraxis und der Nutzung der Baulandreserven kaum eingehalten werden können, was die kommunale Infrastruktur überfordern wird. Leider werden die Fehler der Vergangenheit wider besseres Wissen fortgesetzt. Und für Straßenbau ist ja immer Geld da...

Wir sollten also nicht müde werden, mit argwöhnischem Auge alle Aktivitäten zu verfolgen, die in Richtung Raumordnung gesetzt werden. Sie dienen – wenn nicht korrigierend eingegriffen wird – oftmals der Durchsetzung der Interessen Einzelner, die dem Interesse der Allgemeinheit entgegengesetzt sind.

3-Täler Radwegenetz

Seit ihrem Bestehen tritt die PUK für die Schaffung attraktiver und sicherer Radverkehrswege für den **Alltagsradverkehr** ein. Endlich wurde das Fahren gegen die Einbahn in der Mühlengasse ermöglicht und die Pius-Parsch-Promenade radverkehrstauglich gestaltet – beides jedoch sehr kostenaufwändig. Wir sollten uns aber nicht zu früh freuen. Der gesamte innerstädtische Bereich ist vorerst aus den Planungen ausgenommen. **Sichere Radrouten zu den Schulen, Bahnhöfen, Amtsgebäuden, Freizeiteinrichtungen und Nahversorgern fehlen noch immer vollkommen!!!**

Mobilitätsmanagement

Erste Gespräche mit wichtigen Stellen wurden geführt. In Anbetracht der morgendlichen Verkehrsbelastung in zentralen Gebieten der Stadt müssen Anreize gesetzt werden, wieder zur Vernunft zurückzukehren und Zu-Fuß-Gehen wieder salonfähig zu machen, z. B. Schulgebus (in italienischen Städten werden die letzten 300-600 m zur Schule deutlich gekennzeichnet und unter Aufsicht zu Fuß zurückgelegt).

Soll man lachen oder weinen? Vorsitz Klimabündnisarbeitskreis

Die Schwarz-Grüne-Mehrheit hat bei der vorletzten Gemeinderatssitzung GR Karl Schmid (SP) gegen seinen Willen zum Vorsitzenden gemacht. GR Schweeger (PUK) hat bei dieser Sitzung auf die ungesetzliche Vorgehensweise hingewiesen – vergeblich! Ein klimafreundliches Arbeitsklima wird dadurch sicher nicht erreicht. Blamabel! Nun musste bei der letzten Sitzung dieser Beschluss aufgehoben werden. Bei der nächsten Sitzung des Arbeitskreises steht auf der Tagesordnung: Suche nach einem neuen Vorsitzenden!

PUK distanziert sich von jeder Form von Vandalismus

Bereits zum 2. Mal wird in Berichten der NÖN Vandalismus im Bereich des Baus der „Umfahrung“ in die Nähe von „Umfahrungsgegnern“ gerückt

(siehe <http://www.noen.at/redaktion/n-klo/article.asp?Text=243954&cat=336>, <http://www.noen.at/redaktion/n-klo/article.asp?Text=242591&cat=336>).

Diese Unterstellung ist dazu geeignet, ein schlechtes Licht auf die PUK zu werfen, die sich stets gegen den Bau der „Umfahrung“ ausgesprochen hat.

Wir haben selbstverständlich alle rechtlich zur Verfügung stehenden Mittel ergriffen, um den Bau dieser, aus unserer Sicht unnötigen, den Autoverkehr nicht vermindernden und naturzerstörenden Straße zu verhindern. Durch Informationsveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit haben wir die Klosterneuburger BürgerInnen über die katastrophalen Folgen des dadurch vermehrten Durchzugsverkehrs aufgeklärt.

Wir haben jedoch nie Handlungen gesetzt, die mit

dem in den Medien kolportierten Akten der mutwilligen Zerstörung vergleichbar wären.

Wir verurteilen diese auf das schärfste.

Ebenso scharf protestieren wir gegen Spekulationen, dass Umfahrungsgegner dafür verantwortlich seien. Wir weisen darauf hin, dass die überwiegende Mehrheit von Sachbeschädigungen im Raum Klosterneuburg keinerlei politischen Hintergrund hat. Wir ersuchen die betroffenen Medien um sachliche Berichterstattung. Die 3,5 Kilometer lange unbeaufsichtigte Baustelle zieht Vandalen anscheinend an. Es ist schwer vorstellbar, dass ökologisch denkende Menschen Boden und Grundwasser mit Benzin und Öl verseuchen würden.

Vandalismus ist insgesamt im Vormarsch. Obwohl wir natürlich nicht wissen, ob es sich bei den Tätern um Jugendliche handelt, fühlen wir uns darin bestärkt, unseren Forderungen um die Errichtung von Jugendzentren, oder wenigstens um die Einführung von Streetworking („aufsuchender Sozialarbeit“) nochmals Nachdruck zu verleihen.

BürgerInnenbeteiligung – ein Brief an die Redaktion

In der Diskussion um den Klimabündnisarbeitskreis erreichte die Redaktion ein Brief:

Vor die Wahl gestellt, sich zu engagieren oder nicht – oder doch – oder doch nicht – oder doch – ist die Entscheidung nicht einfach: es gilt abzuwägen zwischen 2 Paketen:

Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass die diversen Programme zur Bürgerbeteiligung, wie z.B. der Klimabündnis-Arbeitskreis und Agenda 21 sehr wohl im „guten Sinn“ gestaltet wurden, d.h. deren Zweck tatsächlich die Bürgerbeteiligung ist.

Das Problem ist, dass oftmals - und ganz besonders in unserer Heimatgemeinde - diese Programme in eine Beschäftigungstherapie verkehrt werden. Der KLIB-AK ist bekanntlich ein glänzendes Beispiel dafür: Engagierte Bürger diskutieren und lamentieren, beschließen und fällen Entscheidungen, nur: Umgesetzt wird davon gar nichts, da passen Zerberus Wimmer und sein Herrchen Schuh sehr gut auf. Fazit: Eine Maschinerie, um unbequeme, nach Veränderung rufende Bürger kaltzustellen. Ich persönlich behaupte, dass dies von höherer Stelle im Voraus so geplant wurde.

Eines darf man dabei aber nicht vergessen: Die kaltgestellten Bürger werden dabei natürlich sehr frustriert und fühlen sich gefrotzelt. Und sie werden ihren Frust nach außen kommunizieren und sie werden in der Wahlzelle eine deutliche Sprache sprechen.

Und genau aus diesem Grund halte ich Bürgerbeteiligung für so wichtig: Nicht, weil sie etwas unmittelbar bewirken kann, sondern weil sie den Bürgern die Augen öffnet. Je mehr Menschen es gibt, die die derzeitigen Strukturen als kafkaesk und korrupt erkennen, desto mehr Druck wird auf diese ausgeübt.

Ist der Druck irgendwann groß genug, so gibt es eine Veränderung.

Und genau darauf hoffe ich.

Liebe Grüße,
H. (Name der Red. bekannt)

Zuschauen + sich über bürgerferne Kommunalpolitik ärgern + es künftigen Generationen überlassen, die Kosten der heutigen Fehlentscheidungen zu begleichen

Sich einmischen + Frust bis zur Grenze des Erträglichen + Artikulation von eigenem Standpunkt + entfernte Chance langfristig etwas zu bewegen

Die PUK hat sich **aktive BürgerInnen - Beteiligung** auf die Fahnen geheftet und **lehnt jede Form von statt dessen stattfindender BürgerInnen-Täuschung und -Beschwichtigung ab**. Wir kämpfen für den ernsthaften Dialog zwischen BürgerInnen, kommunaler Verwaltung und Politik, und fordern daher auch vehement die Einführung von bewährten BürgerInnen-Beteiligungs-Modellen wie den lokalen Agenda 21 Prozess (siehe: http://unser-klosterneuburg.org/gemeinderat/arbeit07/16-DA-Agenda21_Prozess.pdf). Im Gemeinderat wurde diesem Antrag durch die schwarz-grüne Mehrheit **nicht einmal die Dringlichkeit zuerkannt**, obwohl in Wien bereits eine Reihe von Bezirken lokale Agenda21 Büros haben.